

BÜRGERGEMEINDE

Aufnahme in das Bürgerrecht der Gemeinde Bettingen

Der Regierungsrat hat gemäss § 17 des Bürgerrechtsgesetzes die Aufnahme der nachverzeichneten drei Personen (drei Gesuche) in das Bürgerrecht der Gemeinde Bettingen bestätigt, unter gleichzeitiger Verleihung des Kantonsbürgerrechts:

Frey, Lothar, deutscher Staatsangehöriger; **Resler, Ian Michael**, amerikanischer Staatsangehöriger; **Resler, Kali Marie**, amerikanische Staatsangehörige.

Martina Karrer,
Bürgerratsschreiberin

Gute Herberge mit vollem Einsatz

rz. Seit 2010 arbeiten die Kinder und Mitarbeitenden des Riehener Schulheims Gute Herberge jährlich einen Tag, um für die Njuba-Kinderhilfe in Uganda Geld zu sammeln. An diesem Aktionstag putzen sie Velos, waschen Autos, reinigen Fenster, mähen Rasen, jäten Unkraut, erledigen Einkäufe oder entsorgen Altpapier. Insgesamt sind dabei schon über 30'000 Franken zusammengekommen, davon rund 4300 Franken im letzten Jahr.

Vielen Kindern in Uganda ist ein Schulbesuch aus finanziellen Gründen verwehrt. Kindern durch eine gezielte Schulbildung Wissen und Selbstvertrauen zu vermitteln und ihnen so zu einem besseren Leben zu verhelfen, steht im Fokus von «Njuba Kinderhilfe Uganda». Mittlerweile besuchen 86 Kinder den Kindergarten und 22 Kinder die erste Klasse des Schweizer Projekts. Der Grundstein für die Njuba-Schule – eine Schule für Kinder aus mittellosen Familien – ist damit gelegt. Über 100 zusätzlichen Kindern aus der Region kann künftig der Schulbesuch ermöglicht werden. Dies gemäss dem Motto: Bildung als Schlüssel aus der Armut.

Der nächste Aktionstag findet am Donnerstag, 19. April, statt. Zwischen 9.30 und 16.30 Uhr werden die kleinen und grossen Helfer für alle Interessierten viele Aufträge erledigen. Die Dienstleistungen sind kostenlos, Spenden sind selbstverständlich willkommen. Die Auftraggeber müssen lediglich das benötigte Material (Rasenmäher, Politur usw.) zur Verfügung stellen und allfällige Gebühren an Dritte übernehmen. Am Spendensamstag lädt die Gute Herberge zudem alle Spender zu Kaffee und Crêpes auf das Schulheimareal ein.

Wer für die Kinder und Jugendlichen eine Arbeit hat, kann bis zum 12. April das Schulheim unter der Telefonnummer 061 208 52 60 oder der E-Mail-Adresse gute.herberge@bs.ch kontaktieren.

Grenzübergang Hörnli wird voll gesperrt

rz. Im Auftrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erneuert das Staatliche Hochbauamt Freiburg die Zollwärterkabinen und die Dachkonstruktion der Zollanlage beim Grenzübergang Riehen-Grenzach. Die alte Dachkonstruktion und die Kabinen werden zwischen Samstag, 7. April, um 6 Uhr und Montag, 9. April, um 5 Uhr abgerissen. Dafür wird der Grenzübergang voll gesperrt. Der Verkehr wird laut einer Medienmitteilung auf der deutschen Seite grossräumig über Rheinfelden, Lörrach, Weil am Rhein und umgekehrt umgeleitet; auf der Schweizer Seite werden die Autofahrenden angehalten, den Zollübergang über die Zollfreistrasse und den Zoll Otterbach zu umfahren. Die Umleitungen schliessen aneinander an.

Die Sperrung beschränkt sich auf den Bereich des Grenzübergangs Hörnli, angrenzende Einmündungen werden nicht beeinflusst. Der südliche Gehweg wird die meiste Zeit nutzbar sein. Lediglich wenn das Dach entfernt wird, muss er kurzfristig gesperrt werden. Der öffentliche Verkehr wird für das Wochenende seinen Fahrplan auf beiden Seiten anpassen, genauere Angaben sind bei den entsprechenden Verkehrsbetrieben erhältlich.

Weitere Sperrungen sind Anfang Juli (Einbau Strasse) und Ende September (Errichtung neues Dach) vorgesehen. Die definitiven Daten stehen jedoch noch nicht fest.

PODIUM Der Verein Workfair 50+ stellte die Altersarbeitslosigkeit zur Diskussion

Bessere Chancen für ältere Arbeitslose

Am Workfair 50+ Forum im Bürgersaal war man sich darüber einig, dass es Massnahmen gegen die Altersarbeitslosigkeit braucht – welche das sein sollten, drüber gingen die Meinungen aber auseinander.

ROLF SPRIESSLER-BRANDER

Ein fairer Umgang mit Personen, die über eine grosse Berufserfahrung verfügen, sei ihm ein grosses Anliegen, sagte der Basler CVP-Regierungsrat Lukas Engelberger im Rahmen einer Forumsveranstaltung zum Thema der immer mehr werdenden Menschen über 50 in der Arbeitswelt. Im Kanton Basel-Stadt gebe es immerhin schon mehrere Projekte zum Thema, betonte er, und nannte als Beispiele Kiebitz (Verein zur Begleitung von Menschen und Organisationen bei Veränderungsprozessen), Stöckli (Vermittlung von Personen, die maximal drei Jahre vor der ordentlichen Pensionierung stehen, an die kantonale Verwaltung oder gemeinnützige Institutionen) und Integratio (Verein unter Federführung des Gewerbeverbands Basel-Stadt zur Reintegration von Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt). Das Projekt Mentoring 50+ stehe zudem kurz vor dem Start.

Blockade in der Politik

Der Basler SP-Nationalrat Beat Jans führte dem Publikum die menschliche Tragödie vor Augen, die mit einem Stellenverlust verbunden sei – man verliere Position, Anerkennung, Lebensstandard und damit nicht selten auch das eigene Selbstwertgefühl. Dass dies in der Schweiz möglich sei, bezeichnete Jans als eine Schande. Zwar sei das Thema der Altersarbeitslosigkeit im politischen Bern durchaus angekommen, passiere bis jetzt aber nahezu nichts, weil man sich über die Lösungswege nicht einig sei oder weil einzelne Massnahmen in grössere Vorlagen einge-



Das Podium auf der Bürgersaalbühne mit Nationalrat Beat Jans, Landrätin Regula Meschberger, Gesprächsleiterin Sasha Mazzotti, Regierungsrat Lukas Engelberger und Gewerbedirektor Gabriel Barell. Foto: Rolf Spriessler-Brander

bunden gewesen seien, die dann in den Räten keine Mehrheit gefunden hätten. Besonders stossend sei für ihn die Tatsache, dass Arbeitslose über 58 Jahren aus der Pensionskasse fallen, damit zu Sozialhilfeempfängern werden und ihr Vermögen verzehren müssen, bis sie mit Erreichen des Pensionsalters eine ordentliche Rente beziehen dürfen.

Engelberger und Jans waren Gäste eines Forums, zu welchem der Verein Workfair 50+ am Donnerstag vergangener Woche ins Riehener Gemeindehaus eingeladen hatte. Auf dem Podium diskutierten sie unter der Leitung der Riehener SP-Politikerin und Schauspielerin Sasha Mazzotti mit der Baslerbieter SP-Landrätin und Birsfelder Gemeinderätin Regula Meschberger und dem Basler Gewerbedirektor Gabriel Barell.

Frage der Gerechtigkeit?

Meschberger sprach sich dezidiert gegen eine Aussteuerung Langzeitarbeitsloser aus. Dies sei nicht nur unwürdig, es belaste auch die Sozialhilfe zugunsten der Arbeitslosenhilfe. Dass ältere Arbeitslose zum Vermögensver-

zehr gezwungen würden und so zum Beispiel ihr schwer verdientes Wohngeld aufgeben müssten, sei nicht in Ordnung.

Da stelle sich für ihn aber die Gerechtigkeitsfrage, warf Engelberger ein, wenn gleichzeitig ein 30-jähriger Arbeitsloser daran gehindert werde, überhaupt ein Vermögen aufzubauen. Er sehe den Weg darin, den Wirtschaftsstandort zu optimieren, zum Beispiel durch den Abbau der überdurchschnittlich hohen Lohnkosten, Lohnnebenkosten und Sozialkosten.

Der Basler Gewerbedirektor Gabriel Barell wies auf die Flexibilität vieler lokaler Gewerbetreibender hin und warb für eine Politik der kleinen Ideen. Eine generelle Senkung der Pensionskassenbeiträge über alle Sparten lehnte er ab. Ein Speed-Dating, wie sie der Gewerbeverband seit Jahren für Lehrlinge durchführe, könne auch ein Weg dafür sein, ältere Arbeitssuchende direkt mit potenziellen Arbeitgebern in Kontakt zu bringen. Barell räumte ein, dass das Problem der älteren Arbeitssuchenden noch nicht bei allen Arbeitgebern angekommen sei.

Workfair-Initiative hängt

In einem Referat hatte Pierre Bayerdörfer, Koordinator Schweiz innerhalb des Vereinsvorstands von Workfair 50+, unter anderem die Volksinitiative erwähnt, in welcher der Verein lineare Pensionskassen-Beitragsätze ab Vollendung des 17. Altersjahres fordert und die gegenwärtig in Bern geprüft wird. Gegenüber einem 40-Jährigen steige heute die PK-Belastung des Arbeitgebers für einen 45-Jährigen um 50 Prozent und gegenüber einem 55-Jährigen um 80 Prozent. Gegenüber einem 40-Jährigen mit einem Bruttolohn von 6000 Franken müsste ein 55-Jähriger mit 4180 Franken Lohn einsteigen, um die PK-Belastung auszugleichen. Dieser Mechanismus führe dazu, dass Firmen in Versuchung gerieten, über 50-Jährige durch jüngere, günstigere «Fachkräfte» zu ersetzen.

Zu einem Konsens fanden die Protagonisten des Workfair 50+ Forums nicht. Zu spüren war der Wille aller, die gegenwärtige Situation zu verbessern. Wie dies geschehen könnte, darüber gingen die Meinungen aber weit auseinander.

BETTINGEN Gewerbeapéro in der Baslerhofscheune mit Workfair 50+

Ein Verein zu Gast beim Bettinger Gewerbe

Im Rahmen des jüngsten Bettinger Gewerbeapéros stellte sich der Verein Workfair 50+ vor, der sich mit älteren Arbeitnehmenden beschäftigt, die eine neue Stelle suchen.

ROLF SPRIESSLER-BRANDER

Diesmal war es kein Bettinger Betrieb, der am Mittwoch vergangener Woche im Zentrum des Bettinger Gewerbeapéros stand, sondern der Verein Workfair 50+, der sich für Leute über 50 einsetzt, die arbeitslos geworden sind und eine neue Stelle suchen. Aber es war dann doch ein Bettinger, der den rund zwanzig Gästen aus verschiedenen Bettinger Betrieben in der Baslerhofscheune das Thema näherbrachte: Roger Goetti, Vizepräsident und Kassier des Vereins, wohnt nämlich seit einigen Jahren in der Gemeinde.

Es sei zwar nicht so, dass Menschen über fünfzig verglichen mit anderen Altersgruppen ihren Job überdurchschnittlich oft verlieren würden, erklärte Goetti. Das Problem sei ein anderes. Sei man nämlich in gesetztem Alter erst einmal arbeitslos, habe man kaum mehr eine Chance, wieder einen Job zu bekommen.

Dafür gebe es verschiedene Gründe. Ältere Arbeitnehmende seien oft nicht mehr erwünscht. Jobmaschinen sortierten Menschen über fünfzig automatisch aus – mit dem Resultat, dass sie oft auch bei hervorragenden Qualifikationen schon gar nicht zu Bewerbungsgesprächen eingeladen würden. Die Sozialabgaben älterer Arbeitnehmender seien überdurchschnittlich hoch, weshalb sie für die Arbeitgeber bei gleichem Lohn wesentlich teurer seien als jüngere Arbeitnehmende. Die Sozialwerke und die Gesetzgebung



Teilnehmende des Bettinger Gewerbeapéros unterhalten sich angeregt in der Baslerhofscheune. Foto: Rolf Spriessler-Brander

hielten mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht Schritt. Und auch die zunehmende Globalisierung und Digitalisierung sei für viele ältere Arbeitnehmende ein Handicap.

Der Verein Workfair 50+ habe sich zum Ziel gesetzt, die Probleme älterer Arbeitnehmender, wieder eine Stelle zu finden, zum öffentlichen Thema zu machen. So verstehe sich der Verein nicht nur als Dienstleister, der im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe die Förderung, Mobilisierung und Stärkung der Ressourcen von betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stelle, der Verein setze sich vielmehr auch im Sinne einer Lobbyorganisation dafür ein, dass die Politik das Problem anerkenne und Gegenmassnahmen ins Auge fasse.

Im Anschluss an Goettis Vortrag schritt man zum Apéro, der vom Team des Restaurants Baslerhof serviert wurde und während dem sich für die Gäste Gelegenheit bot, miteinander ins Gespräch zu kommen. Gastgeberin war erstmals Gemeinderätin Dunja Leifels, die damit die Tradition ihres Amtsvorgängers Marco Fini fortsetzte. Am letztjährigen Gewerbeapéro war die Verkehrsumleitung in Riehen ein Thema, die auch einen Einfluss auf die Erreichbarkeit Bettingens hat. In diesem Zusammenhang wies eine Teilnehmerin darauf hin, dass das neue Kreisel-Regime rund um die Tramhaltestelle Weilstrasse oft zu Unklarheiten führe, wer jetzt eigentlich Vortritt habe, und so könne es zu langen Wartezeiten kommen. Ein

anderer Gast lobte den neuen Betreiber des Bettinger K-Netzes – es laufe nun besser als mit dem vorherigen Betreiber.

Gefragt nach noch offenen Themen wies Beat Fehr auf seine noch hängigen Fragen betreffend Glasfasernetz hin. Dass die Landabtausche im Zusammenhang mit der Begründung des Chrischonarains noch nicht eingetragenen worden seien, liege in der Kompetenz des Kantons und nicht der Gemeinde, antwortete Gemeinderat Ueli Mauch auf eine entsprechende Frage vonseiten des Diakonissenmutterhauses St. Chrischona. Grund für die lange Bearbeitungsdauer sei, dass es um den gesamten Chrischonarain gehe und dabei zahlreiche Landeigentümer betroffen seien.